

**A N F R A G E** von Hans Egli (EDU, Steinmaur), Erich Vontobel (EDU, Bubikon) und Peter Häni (EDU, Bauma)

Betreffend Netzwerk radikaler Islamisten

---

Bekennende muslimische Einwanderer dürfen sich nicht in eine westliche Gesellschaft integrieren, weil das der Koran und Islam verbieten. So sagte der türkische Präsident Erdogan in Köln den deutschen Türken: «Assimilation ist ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit». Er warnt vor Anpassung an die hiesige Kultur, ihre Werte und ihre Rechtsordnung. Integration definierte er in dieser Rede wie folgt: alle Möglichkeiten der hiesigen Schul- und Sozialsysteme maximal ausschöpfen und Einfluss nehmen in der Politik.

Das Recht in islamischen Staaten erlaubt Morde, um die Familienehre wiederherzustellen, und so bleiben die Täter straffrei. Diese Überzeugung gehört zu Werten und Traditionen, welche im islamischen Recht verankert sind und die Muslime laut Erdogan nicht aufgeben sollen.

Zudem hat die muslimische Staatengemeinschaft eine eigene Menschenrechtserklärung (EMRI), welche auf Koran und Scharia gründet. Sie behandelt Frauen und Nichtmuslime als Menschen zweiter Klasse. Kein massgeblicher islamischer Verband in der Schweiz hat sich bisher von der EMRI distanziert.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Regierungsrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Im Zusammenleben mit Muslimen ist die Frage zu beantworten: Welches Wertesystem will der Regierungsrat verteidigen? Das westlich-christliche Demokratieverständnis oder das islamisch-salafistische?
2. Teilt der Regierungsrat die Ansicht, dass in der An`Nur-Moschee und etlichen anderen Moscheen ein radikaler Islam vertreten wird, und diese faktisch unter der Kontrolle des Islamischen Staates sind?
3. Was sagt der Regierungsrat zum Vorwurf des deutschen Journalisten Shams UI-Hag, dass der Stadtrat Winterthur das Ausmass der Probleme nicht richtig wahrnimmt und die kulturellen Vereine viel enger führen und verbindliche Rechenschaft verlangen sollte?
4. Ist es richtig, dass die rechtliche Hürde riesig ist, um einen Hassprediger auszuschaffen? Was muss ein Hassprediger verkünden, um eine Ausschaffung zu bewirken?
5. Es ist erwiesen, dass eine nicht unerhebliche Anzahl Flüchtlinge zum Netzwerk radikaler Islamisten gehören. Was unternimmt der Regierungsrat, um diese Gefahr potenziell zu entschärfen?
6. Ist der Regierungsrat auch der Ansicht, dass radikale Islamisten ausgeschafft werden müssen?

Hans Egli  
Erich Vontobel  
Peter Häni